

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 16

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Kleine Abrechnung» mit der rumänischen Geheimpolizei

Ziemlich genau ein Jahr nachdem Präsident Tito die grosse Abrechnung mit der jugoslawischen Geheimpolizei begonnen hatte, hat der rumänische Parteichef Ceausescu den Sicherheitsdienst seines Landes öffentlich zurechtgewiesen, allerdings in viel gemässigerer Form.

Der «kleinen Abrechnung» in Bukarest fehlt, soweit sich bis jetzt ersehen lässt, der Machtkampfaspekt, der den mächtigen jugoslawischen Skandal gekennzeichnet hatte, dessen Enthüllungen und Säuberungen den Sturz des mächtigen Vizepräsidenten und «Kronprinzen» Rankovics samt seinen Gefolgsleuten herbeiführten. Ceausescu selbst scheint den andersgearteten jugoslawischen Fall im Auge gehabt zu haben, als er betonte, die Uebertretungen und Uebergriffe des rumänischen Sicherheitsdienstes hätten «nicht das Ausmass und den schwerwiegenden Charakter dessen (aufgewiesen), was in andern sozialistischen Ländern vorgekommen ist».

Im weitem legte der rumänische Parteichef Wert auf die Feststellung, dass die Missstände in der Geheimpolizei grossteils der Vergangenheit angehörten, wenn er auch die Auswirkungen auf die Gegenwart keineswegs verneinte. Insgesamt erweckten seine Ausführungen vor dem Grundaktiv des (für den Sicherheitsdienst zuständigen) Innenministeriums Ende Juli eher den Eindruck einer Flurbereinigung als einer akuten Auseinandersetzung.

Doch hindert das nicht, dass die Blossstellung des Sicherheitsdienstes auch in Bukarest auffallend weit ging. Der Geheimpolizei wurde gesetzwidriges Vorgehen, eigennütziges Verhalten, Beispitzelung von theoretisch übergeordneten Parteiinstanzen, Vorstösse gegen die Rechte der Staatsbürger und in genereller Weise Kompetenzüberschreitung auf vielen Gebieten vorgeworfen. Kurz: In der Umschreibung lag die nicht ausgesprochene Beschuldigung vor, der Sicherheitsdienst habe einen Staat im Staate gebildet.

Neue Massnahmen sollen die Geheimpolizei wieder auf ihre spezifische Funktion beschränken und dafür sorgen, dass sie von der Partei kontrolliert wird — und nicht umgekehrt. Ceausescu kündigte die Bildung eines der Partei unterstellten Staatssicherheitsrats an, dem die Aufgabe zufallen soll, die Massnahmen des Sicherheitsdienstes zu überwachen. Gleichzeitig versprach er, dass Parteimitglieder in Zukunft nicht ohne Konsultation kompetenter Parteidiensstellen verhaftet werden würden und dass kein Staatsbürger ohne «ausreichenden und erwiesenen Grund» festgenommen werde.

Der Zeitpunkt dieser Flurbereinigung mit dem Sicherheitsdienst hat zu Mutmassungen über gezielte personelle oder politische Motivierungen geführt. In personeller Hinsicht sieht man die Spitze vor allem gegen den noch heute einflussreichen Alexandru Draghici, 48, der in seiner Eigenschaft als Innenminister von 1952 bis Mitte 1965 über

die politische Polizei herrschte. In politischer Hinsicht wurde die Frage aufgeworfen, ob Ceausescu Rede mit seiner am 7. Mai veröffentlichten Anklage gegen nicht näher bezeichnete Personen in Verbindung zu bringen sei, die ohne Wissen der rumänischen Führung Kontakte mit ausländischen kommunistischen Parteien aufgenommen hätten. In diesem Falle würde ein rumänisches Durchgreifen im Sicherheitsdienst gleichzeitig eine Abwehrmassnahme gegen sowjetische Einmischungsversuche darstellen.

Solche Bezüge sind möglich, wenn sie sich auch aus Ceausescus Rede nicht zwingend ergeben. Aber auch unbeschadet darum werden die rumänischen Bürger jedenfalls mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, dass sie vor willkürlichen Uebergriffen der politischen Polizei künftig besser geschützt werden sollen.

Lanze für «Praxis»

Die Zagreber philosophische Zeitschrift «Praxis», die wegen ihrer unorthodoxen Beiträge vom offiziellen Jugoslawien nicht gern gesehen wird und zeitweilig unterdrückt wurde, erscheint zwar seit einigen Monaten wieder, hat aber nach wie vor mit grössten Schwierigkeiten zu kämpfen.

Welcher Art die Schwierigkeiten sind, die man «Praxis» in den Weg legt, ist nun von der Belgrader literarischen Zeitschrift «Knjizevne Novine» in einem sehr offenen Beitrag enthüllt worden, der übrigens in ebenso offener Weise auch zur Solidarität mit der international angesehenen Zagreber Publikation aufruft.

Die Ausführungen lassen erkennen, in welchem Ausmass die Presse finanziell vom Staat abhängig ist, der seine Unzufriedenheit mit einer bestimmten Publikation durch Budgetkürzungen oder -streichungen ausdrücken und damit auch ohne direktes Eingreifen politischen Druck ausüben kann. (Eine Entsprechung dazu bildet in andern Ländern — etwa in Polen — die Rationierung der Papierzuteilung an Zeitungen, die unliebsames Aufsehen erregen.)

Laut «Knjizevne Novine» hat «Praxis» in den vier Jahren ihres Bestehens schon oft mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen müssen. Nur unter grossen Opfern der Redaktoren und Mitarbeiter, die auf ihre Honorare verzichteten, gelang es, die Zeitschrift — wenn auch häufig mit Verspätung — überhaupt erscheinen zu lassen. «Praxis» verstand es aber, nicht nur ihre Existenz, sondern auch ihren eigenen Charakter zu behaupten:

«Sie hat sich als eine der besten jugoslawischen Zeitschriften durchgesetzt.

Es ist ihr gelungen, namhafte Philosophen aus dem In- und Ausland als Mitarbeiter zu gewinnen. Sie ist zu einer philosophischen Revue von europäischem Niveau geworden. «Praxis» ist eine offene Tribüne für freie humanistische und philosophische Betrachtungen, da sie auf den Prinzipien der freien und offenen Diskussion beruht. Sie gereicht der jugoslawischen Philosophie zur Ehre...»

Dieses Jahr ist die Bedrohung der Zeitschrift indessen manifestiert geworden:

«In diesem Jahr fiel aber die versprochene Subvention von 17 Millionen alte Dinar an «Praxis» aus. Zwar hat der Rat für wissenschaftliche Forschung der Teilrepublik Kroatien aus seinen eigenen Budgetmitteln 8 Millionen alte Dinar für «Praxis» reserviert, aber der Beitrag des Rates für wissenschaftliche Forschung der jugoslawischen Bundesregierung ist ganz gestrichen worden. Da die Druckkosten im Vergleich zum Vorjahr um 100 Prozent gestiegen sind, muss «Praxis» mit Mitteln arbeiten, die insgesamt um 58 Prozent kleiner sind als 1966.»

«Knjizevne Novine» stellt die rhetorische Frage, ob die Budgetkürzungen nur aus finanziellen Motiven erfolgt seien. Ohne Rücksicht darauf, ob man mit den Ansichten dieser Zeitschrift einverstanden sei oder nicht, müsse man sich dafür einsetzen, dass «Praxis» ihr Erscheinen weder vorübergehend noch gänzlich einstellen müsse.

Aus diesen Ausführungen scheint sich zu ergeben, dass sich «Praxis» deshalb noch halten kann, weil ihr die kroatische Regierung im Gegensatz zur Bundesregierung in Belgrad ihre Unterstützung noch nicht entzogen hat, so dass selbständige Verhaltensmöglichkeiten von Teilrepubliken auch in dieser Affäre ihre Rolle spielen. Dass aber «Knjizevne Novine» als Belgrader Zeitschrift für «Praxis» entsteht, zeigt gleichzeitig, dass die Solidarität mit den bedrohten Herausgebern kein kroatisches Phänomen ist, sondern sich auf intellektuelle Kreise ganz Jugoslawiens erstreckt.

In Kürze

Laut Radio Moskau befindet sich die gesamte chinesische Provinz Honan in bewaffnetem Aufstand gegen Mao Tse-tung und seine Gruppe. In Chengchow hätten 60 000 Arbeiter eine Anzahl Maoisten in einem Gebäude belagert und ausgeräuchert. In dieser Stadt seien 4000 Anhänger Maos verwundet und viele getötet worden.

In Rumänien ist das private Führen von Restaurants und Pensionen im Familienbetrieb legalisiert worden. Die Bewilligung wird auf Grund von Fünfjahresverträgen mit dem Staat erteilt. Der Konzessionär ist in der Preisgestaltung frei (er kann auch unter den staatlich fixierten Preisen verkaufen), und der Reingewinn gehört ihm.

Chinesische Wandzeitungen sind jetzt geheim

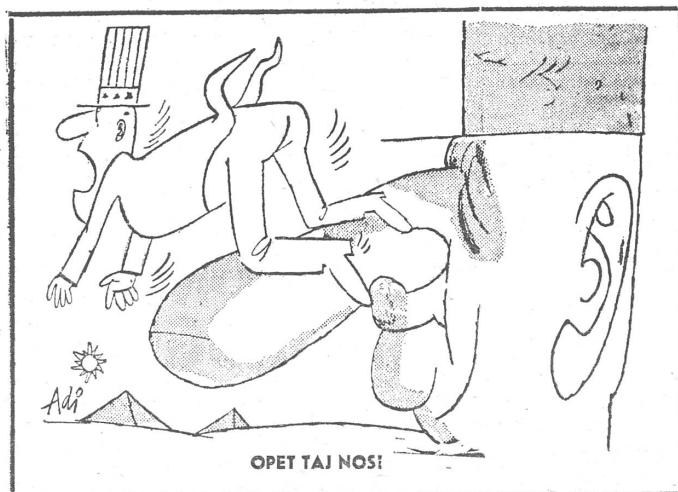
Ausländer haben die chinesischen Wandzeitungen als geheim zu betrachten, wenn sie Wert auf weitere Aufenthaltsbewilligung legen. Japanische Reporter in Peking haben ihre Berichterstattung über den Inhalt der Wandzeitungen bereits eingestellt. Da Presse, Radio und Fernsehen in Japan noch zu den letzten systematischen Verwertern von chinesischen Maueranschlägen gehören, fällt nun eine weitere wichtige und relativ umfangreiche Informationsmöglichkeit aus China dahin.



Die erste Wandzeitung der Kulturrevolution. Das Plakat war letztes Jahr an der Peking Universität angeschlagen worden und hatte den Auftakt zur Welle jener Maueranschläge der Roten Garden gebildet, die zu einem Wahrzeichen der jüngsten Etappe chinesischer Entwicklung geworden sind. Der informative Gehalt der Wandzeitungen ist stets umstritten gewesen. Faute de mieux aber hatten sie doch Einblicke in den chinesischen Machtkampf gegeben, die auf andere Weise kaum zu beschaffen waren.

Motiv de Gaulle

behandelt in
Jugoslawien und Polen



«Ach, schon wieder diese Nase!» («Oslobodenje», Sarajevo)

Eine bezeichnende Sicht auf de Gaulles Rolle im Nahostkonflikt, begründet auf die als Selbstverständlichkeit plakatierte Annahme, dass es dort im wesentlichen um ein amerikanisches Vorgehen und um seine Unterbindung gegangen sei. Das Verhalten des französischen Präsidenten dient in willkommener Weise zur Erhärtung dieser These.

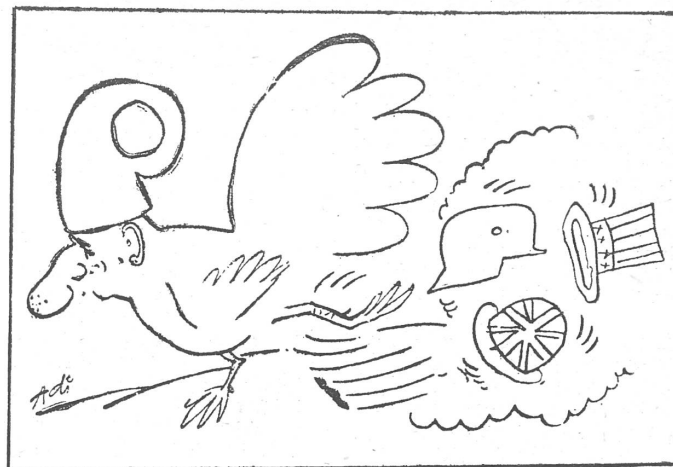


«Persönlich habe ich nichts gegen den General, wohl aber allerhand gegen seine französische Küche.» («Szpilki», Warschau)

Harmlos unpolitisches Witzchen oder versteckter Hinweis auf die kleinen Opfer französischer Essgelüste? Es mag im Sinn des Zeichners liegen, dass sein Bild eindeutige Auskünfte verweigert.



Reservierter Strand («Szpilki», Warschau)



Der gallische Hahn («Oslobodenje», Sarajevo)

Was hier auffällt, ist der westdeutsche Helm, der in dieser Zeichnung vom Scharren de Gaulles ebenso aufgewirbelt wird wie die angelsächsischen Hüte. In dieser jugoslawischen Darstellung jedenfalls richtet sich der Gaulismus sogar gegen die Bundesrepublik wie gegen die Amerikaner und Engländer, eine Ansicht, die in Paris kaum unterschrieben werden dürfte, aber in aufschlussreicher Weise seine Bewertung durch den «Osten» zeigt. Man sieht sich in der gleichen Einheitsfront.

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telefon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.